

jetzt nur der Landkauf und die Vorbereitung bis zur Siedlungsmöglichkeit zu, die Finanzierung der Siedlung selbst ist Sache des Aufbaufonds. Seitdem kann er seine ganze Kraft auf die Durchführung der bodenreformerischen Arbeit verwenden.

Der schwierigste Teil dieser Arbeit ist die Bekämpfung der Gegner der Bodenreform innerhalb der Juden selbst. Dabei sind die Juden, die landwirtschaftlichen Boden kaufen, um ihre, nicht grundsätzlich bodenreformerisch eingestellten Freunde dort anzusiedeln, die ungefährlichen. Gefährlich sind nur die reinen Spekulanten, die Boden nur wegen der zu erwartenden Preissteigerung kaufen.

Die soziale Schädlichkeit dieser Bodenspekulation ist jedem Bodenreformer genau bekannt. Daß sie dort in einem Lande, wo eine neue menschliche Lebensgemeinschaft aufgebaut werden soll, geradezu verhängnisvoll wirken kann, das zeigt sich in dem so überstürzt angewachsenen Tel Aviv. Wenn dort nicht schnell eingegriffen wird, dann werden wir die bekannten üblen Wirkungen der Bodenspekulation bald in Reinkultur sehen: zu dichte Bebauung, zu hohe Häuser und zu hohe Mieten.

Erst reichlich spät hat der Oberkommissar seine Genehmigung erteilt zu scharfer steuerlicher Erfassung der auf Spekulation gekauften, unbebauten Grundstücke.

Besonders wichtig ist, daß in Haifa das rechtzeitig geschieht, was in Tel Aviv anfangs versäumt worden ist. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird Haifa ein Welthafen werden, wenn Syrien erst einmal wieder befriedet ist, und wenn England die Röhrenleitung für das Mossulpetroleum bei Haifa zum Meere führt.

1920 wurde in London beschlossen, daß der Keren Kajemeth landwirtschaftliche und städtische Grundstücke kaufen sollte. Die Erfüllung dieser Forderung scheiterte leider an der Unzulänglichkeit der Mittel. Da zunächst eine möglichst große Zahl der zur Mutter Erde strebenden Juden der Diaspora angesiedelt werden sollte, mußte das Schwergewicht auf den Ankauf landwirtschaftlichen Bodens gelegt werden. So kam es, daß die Bodenspekulation in den städtischen Zentren sich übermäßig breit machte.

Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß in keinem Lande der Welt so eifrig an der Erfüllung pazifistischer Grundforderungen gearbeitet wird, wie im neuen Palästina, der muß dem Keren Kajemeth ein kräftiges Weiterblühen wünschen. Ich meine die Grundforderungen: Ueberwindung häßlicher Klassen- und Rassenhetze und Brückenschlag zwischen Völkern, die durch nationalistische Politik widersinnig zusammengeschweißt oder auseinandergerissen sind.

Gerade die jüdischen Gegner des Zionismus sollten durch Eintreten für den Nationalfonds sich einen Einfluß dahingehend sichern, daß die wenigen dort noch vorhandenen, falsch nationalistisch eingestellten Elemente weiter zurückgedrängt werden.

Und darüber hinaus meine ich, daß auch alle Bodenreformer die Pflicht haben, für eine Einrichtung zu werben, die so tatkräftig ihre Grundsätze vertritt. Das geschieht am besten dadurch, daß der Keren Kajemeth in seinem zweiten Vierteljahrhundert mindestens die Spitzenorganisation wird für alle die Stellen, die im heutigen Palästina landwirtschaftlichen und städtischen Boden kaufen.

6000 Amerika-Visa für Verwandte außer der Quote

New York. (JTA.) Der Arbeitsminister Davis machte dem Präsidenten Coolidge den Vorschlag, zuzustimmen, daß einmalig 6000 Einreisevisa für Verwandte amerikanischer früherer Einwanderer außer der Quote ausgegeben werden. Minister Davis hat unlängst eine Reise über ganz Amerika unternommen und festgestellt, daß überall die Arbeitslage stabilisiert ist, daß aber viele Arbeiter, die noch nicht amerikanische Bürger sind, sehr darunter leiden, daß sie von ihren Verwandten jenseits des Ozeans getrennt leben müssen.

Entlarvung der antisemitischen Politik der früheren Litauischen Regierung

Kowno. (JTA.) Die jüdische Tageszeitung „Ydische Stime“ veröffentlicht aus dem Geheimarchiv der früheren reaktionären Regierung Dokumente, die auf die litauische Öffentlichkeit sensationell wirken. Aus ihnen geht hervor, daß die Ex-Regierung durch die Kreis-Chefs antisemitische Pamphlete und Pogromaufrufe verbreiten ließ und sich dabei falscher Dokumente zwecks Kompromittierung der Minderheiten und Juden bediente. Auch sonst bediente sie sich in den Aufrufen der geläufigsten antisemitischen Schlagworte, wie daß die Juden Christus ermordeten und daß sie Feinde des Glaubens und Litauens seien.

Offizielle Anerkennung der jiddischen Sprache im Wilna-Distrikt

Es wurde bestimmt, daß alle offiziellen Verfügungen und Proklamationen, die in Zukunft in Wilna und im ganzen Distrikt erlassen werden, in polnischer und jiddischer Sprache zu erscheinen haben.

Die japanische Regierung und ihr Konsul in Port Said interessieren sich für die zionistische Tätigkeit. Herr Kuroki, der japanische Konsul in Port Said, stattet dem Bureau der Exekutive einen Besuch ab und erbat sich zionistische Literatur zu seiner und seiner Regierung Information über die zionistische Tätigkeit in und außerhalb Palästinas. Er regte auch an, dem mexikanischen Konsul in Jerusalem solche Literatur zur Verteilung an japanische Besucher von Palästina zur Verfügung zu stellen.

Berliner Umschau

Zu den Berliner Repräsentantenwahlen

Berlin. (JTA.) Nachdem im Preußischen Innenministerium und im Berliner Polizeipräsidentium ein Revirement stattgefunden hat, ist nicht anzunehmen, daß vor November eine Entscheidung in der Frage des Protestes gegen die Gemeindevahlen erfolgt. In der Angelegenheit sind, nachdem schon das Berliner Rabbinat sich mit ihr befaßt, von verschiedenen Seiten Vermittlungsvorschläge gemacht worden, die darauf abzielen, daß die Liberale Partei für Rücknahme des Protestes Sorge tragen soll, falls die Jüdische Volkspartei in eine Abkürzung der in der Regel 6 Jahre dauernden Legislaturperiode einwilligt. Die Verhandlungen dauern, wie der JTA-Vertreter erzählt, noch an; es läßt sich aber im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen noch nicht übersehen, ob sie zu einem entscheidenden Resultat führen werden.

Vor dem großen Barmat-Prozeß

Berlin. Die seit einigen Jahren in Berlin schwebende bekannte Barmat-Affäre wird jetzt zur mündlichen Verhandlung vor die Gerichte kommen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Neumann, einer der befähigsten jüngeren Richter, der soeben erst in der Rechtsputsch-Angelegenheit als Untersuchungsrichter des Reichsgerichts fungiert hat. Die Staatsanwaltschaft glaubt, mit 6 Monaten Verhandlungsdauer durchzukommen; von unterrichteter Seite wird aber mitgeteilt, daß wahrscheinlich 8 bis 9 Monate Verhandlungsdauer nötig sein werden. Voraussichtlich wird nur dreimal in der Woche verhandelt werden. Die Anklage wird Oberstaatsanwalt Trautmann voraussichtlich selbst vertreten, es werden ihm aber eine Reihe von Staatsanwälten zur Seite stehen. Es ist anzunehmen, daß die starken politischen, zum großen Teil antisemitischen Instinkten entsprungenen Beschuldigungen, die gegen eine Reihe von Politikern erhoben worden sind und von der reaktionär-antisemitischen Presse zu Angriffen gegen die deutsche Linke ausgenutzt wurden, in der Verhandlung kaum zur Sprache kommen werden. Die Anklage wenigstens beschränkt sich, abgesehen von der Bestechungs-Affäre gegen den früheren verstorbenen Reichspostminister Höfle, im wesentlichen auf rein kaufmännische Dinge, so insbesondere auf die Beziehungen der Brüder Barmat und der Mitangeklagten zur Preußischen Staatsbank usw. Die Anklage richtet sich außer gegen Julius Barmat gegen seinen Bruder Henry Barmat, gegen den Reichstagsabgeordneten und Mitglied der Zentrumsparlei Lange-Hegermann, gegen den Rechtsanwalt Dr. Staub, den Kaufmann Rabinowitz und eine Reihe andere Personen. Die Verteidigung der Angeklagten führen bekannte deutsche Anwälte, so die Herren Justizrat Davidsohn, Justizrat Wronker, Justizrat Löwenstein, Rechtsanwalt Dr. Klee, Rechtsanwalt Alberg, Rechtsanwalt Dr. van Deuren, Thelmal, Schwerzenz u. a. Man ist im allgemeinen der Auffassung, daß der Prozeß besonders interessante Momente kaum bringen werde. Die Aufbauschung zu politischen Zwecken ist vorbei und es wird erwartet, daß der außerordentlich sachliche Vorsitzende die Verhandlung auf das rein rechtliche und tatsächliche Gebiet beschränken und keinerlei Raum für politische Exkurse geben wird.

Eine Gesellschaftsreise aus Deutschland nach Palästina

Die Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) veranstaltet zum kommenden Frühjahr eine große jüdische Gesellschaftsreise nach Palästina, die auf einem besonderen Schiff mit ritueller Verpflegung über Venedig und Aegypten nach dem heiligen Lande geht. Der Palestine-Lloyd wird für sachgemäße Führungen sorgen. Die Gesamtleitung der Reise liegt in den Händen des bekannten Palästinakenners Prof. Dr. Heinrich Loewe.

Worte Sokolows

„Es gibt einen Prüfstein im Leben jedes einzelnen und jedes Volkes, an dem sich sein tiefster Wert zu erweisen hat, die Goldprobe. Dieser Prüfstein ist nicht der gleiche für alle Einzelwesen und alle Völker, auch nicht der gleiche zu allen Zeiten. Er kann Krieg sein oder Frieden, kann Blütezeit oder Not sein, eine Aufgabe oder ein Versuch.“

Für das jüdische Volk ist der Prüfstein heute Palästina. Palästina ist der Träger des jüdischen Lebens, es ist das Kriterium für den Charakter des jüdischen Volkes als Volk. Es ist eine Prüfung des jüdischen Herzens, und es ist auch eine Prüfung des jüdischen Kopfes. Gib mir das Maß dessen, was eine Gruppe des jüdischen Volkes für Palästina tut, und ich werde dir das Maß ihres innersten Jude-Seins geben.“

Der Ausschluß hervorragender jüdischer Mitglieder aus der Berliner Sektion des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins endgültig

In der Tagung der Sektion Berlin des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins am 8. Oktober bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung die Berufung von zwölf prominenten Mitgliedern der Sektion gegen ihren Ausschluß, der vom Vorstand in Verbindung mit den bekannten Zwistigkeiten ausgesprochen worden war. Bei den Ausgeschlossenen handelt es sich zu einem großen Teil um bekannte jüdische Bürger Berlins, aber auch um allgemein geachtete nichtjüdische Alpinisten, die sich mit dem Beschlusse der Hauptversammlung über die Einschränkung der Aufnahme jüdischer Mitglieder nicht abfinden konnten. Es handelt sich bei den Ausgeschlossenen ferner um altbewährte Alpinisten, wie Prof. Dr. Moritz Borchardt, der Mitbegründer der akademischen Sektion des Deutsch-Oesterreichischen Alpenvereins, Prof. Dr. Heinrich Finkelstein, Sanitätsrat Dr. Otto Heusler, Dr. Hans Kaufmann, Arthur Landsberger, Max Schlesinger, Dr. Heinz Stabel, Prof. Dr. Ernst Unger u. a.

Der Vorstand hatte den Antrag gestellt, unter Ablehnung der Berufung dem erfolgten Ausschluß zuzustimmen. Als Senior der zwölf Ausgeschlossenen gab Bankier Max Schlesinger eine Erklärung ab. In dieser wurde betont, daß die Mehrheit der ausgeschlossenen Herren bereits das 25jährige Jubiläum in der Sektion Berlin gefeiert haben. Max Schlesinger gehörte der Sektion 45 Jahre an, Geheimrat Prof. Dr. Borchardt 37 Jahre. Die Ausgeschlossenen sagten in ihrer Erklärung, daß der neue Verein nicht ins Leben gerufen worden sei als Kampfverein, sondern nur, um denjenigen Alpenfreunden, welche vorläufig dem Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein fernzubleiben genötigt sind, die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zu geben.

In der Abstimmung wurde, wie vorauszusehen war, die Berufung zurückgewiesen, und zwar mit 410 gegen 115 Stimmen.

Abermals eine Magdeburg-Debatte im Preußischen Landtag

Berlin. (JTA.) In der letzten Sitzung trat der Preußische Landtag in die Weiterberatung der zum Magdeburger Justizskandal eingebrachten großen Anfragen der Sozialisten und Kommunisten ein. Der Sozialist Brückner führte aus, nicht einzelne Organe der Rechtspflege hätten versagt, in Magdeburg hat sich das Richterkollegium hinter Kölling gestellt. Entstanden ist die Magdeburger Fehljustiz auf dem Boden der antisemitischen Hetze. Hat doch z. B. das „Deutsche Tageblatt“ am 20. August die Forderung nach Freilassung des unschuldigen Rudolf Haas als unverhüllte Schamlosigkeit der jüdischen Presse und der jüdischen Parteien bezeichnet. Die Sozialdemokratie kann sich rühmen, daß sie für bedrängte, zu Unrecht beschuldigte Personen eingetreten ist, unbekümmert darum, welcher Konfession und welcher Partei sie angehören. Wenn Richter nur noch Diener der Parteileidenschaft und des religiösen Vorurteils sind, dann hört die Rechtsprechung überhaupt auf. Herrn Köllings Verhalten mag man jetzt als Fehltritt preisgeben. Aber wie steht es mit dem Landgerichtsrat Reschke, der für Kölling den Schutz der Reichsregierung und des Reichstages angerufen hat? Die Angriffe gegen Hörsing, weil er einen Justizmord verhindert hat, erinnern an die gelegentliche Polizeipraxis, einen Mann, der einen Ertrinkenden rettet, wegen unbefugten Badens in Strafe zu nehmen. Der verhaftete Mörder Schröder hat bereits wenige Tage nach seiner Verhaftung gestanden. „Aber — so hat er ausgesagt — man glaubte mir nicht, man sagte mir, ich sei verurteilt.“ Man wollte kein Geständnis haben. — Staatssekretär Dr. Fritze erwiderte, das Justizministerium habe den Generalstaatsanwalt in Naumburg angewiesen, den Fall Kölling restlos aufzuklären.

Berlin
Testament
Schnebel
nerstag,
das Urteil
Frau Hes
kundenfä
Zubillig
Gefängni

Die Ve
des; da
Ladung
eheliche
wurde n
heit, daß
storben
die vorg
auf einer
den hat,

Zu Be
sitzende
„Ich setz
soll nur
bin sein
seiner K
dann der
Die Ang
Vorsitze
damit, d
Mannes
Professo
hätten, k
nes abe

In sei
aus, die
haft, ih
seien ih
Er bean

Nach
der V
kamp, o

Ber
netenve
der ges
Demok
Zentru
legenhe
Bezirks

In ei
führt w
einer d
Der Be
oberse

Die
Haupt
Stadt
nere
größ
alten
das jü
Befest
umgab
Gesch
den T
siver
Strom
der ar
hebt s
beiden
gen.

ebenso
an dem
um die
tafel
isch;
Worte
nal Z
der H
ende
mut u
der W

Es
Zorac
sehr
große
Verm
Gegen
Not z
die S
versch
seiner
Seits
gerad

Es
Zorac
sehr
große
Verm
Gegen
Not z
die S
versch
seiner
Seits
gerad

Es
Zorac
sehr
große
Verm
Gegen
Not z
die S
versch
seiner
Seits
gerad

Es
Zorac
sehr
große
Verm
Gegen
Not z
die S
versch
seiner
Seits
gerad

Es
Zorac
sehr
große
Verm
Gegen
Not z
die S
versch
seiner
Seits
gerad

Es
Zorac
sehr
große
Verm
Gegen
Not z
die S
versch
seiner
Seits
gerad